

**Maik Ohnezeit, Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“. Die Deutsche nationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918–1928 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 158), Droste Verlag, Düsseldorf 2011, 490 S., geb., 62,00 €.**

**Rainer Pomp, Bauern und Großgrundbesitzer auf ihrem Weg ins Dritte Reich. Der Brandenburgische Landbund 1919–1933 (Elitenwandel in der Moderne, Bd. 8), Akademie Verlag, Berlin 2011, 429 S., geb., 79,80 €.**

**Barry Jackisch, The Pan-German League and Radical Nationalist Politics in Interwar Germany, 1918–1939, Ashgate Verlag, Farnham/Surrey 2012, 212 S., geb., 58,50 £.**

Die Geschichte der politischen Rechten in der Weimarer Republik ist trotz intensiver Forschung zum Aufstieg der NS-Bewegung noch nicht zu Ende erzählt. Die Gewissheit um die Vorläuferfunktion vieler ‚alter‘ nationalistischer und völkischer Organisationen und Parteien für den Aufstieg der NSDAP galt immer als kanonisch gesetzt für die Analyse sowohl des Niederganges der konservativen Rechten wie des Aufstiegs der NS-Bewegung zwischen 1918/19 und 1933. Studien, die zu häufig nur auf organisatorische Netzwerke und ideologische Verbindungen wie Antisemitismus und autoritäre Demokratiekritik der politischen Rechten verwiesen, ließen die internen Konflikte um politischen Stil und Strategien sowie die spezifischen Ambivalenzen um die Einbindung der sogenannten Massen in die politische Repräsentation jedoch außen vor. Diese verkürzte Sichtweise prägt bis heute auch die Interpretation von Weimars wichtigster rechtskonservativer Partei: der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP).

Detailstudien zur komplexen Beziehungsgeschichte zwischen Konservatismus und radikaler Opposition zu Weimar liegen teilweise für die DNVP vor und gerade die Zeit von 1918/19 bis 1928 ist mit verdienstvollen Detail- und Lokalstudien gut bearbeitet.<sup>1</sup> Maik Ohnezeit hat nun mit seiner Hamburger

---

<sup>1</sup> Vgl. *Werner Liebe*, Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924, Düsseldorf 1956; *Friedrich Hiller von Gaertringen*, Die Deutschnationale Volkspartei, in: *Erich Matthias/Rudolf Morsey* (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933. Darstellung und Dokumente, Düsseldorf 1984 (zuerst 1960), S. 543–652; *Lewis Hertzmann*, DNVP. Right-Wing Opposition in the Weimar Republic 1918–1924, Lincoln 1963; *Manfred Dörr*, Die Deutschnationale Volkspartei 1925 bis 1928, Marburg 1964; *Erasmus Jonas*, Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965; *Attila Chanady*, The Disintegration of the German National People’s Party 1924–1930, in: *Journal of Modern History* 39, 1967, S. 65–91; *Wolfgang Ruge*, Deutschnationale Volkspartei 1918–1933, in: *Dieter Fricke* (Hrsg.), Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Berlin 1968, S. 715–753; *Gisbert Gemein*, Die DNVP in Düsseldorf 1918–1933, Köln 1969; *Anneliese Thimme*, Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969; *John A. Leopold*, The Election of Alfred Hugenberg as Chairman of the German National People’s Party, in: *Canadian Journal of History* 7, 1972, S. 149–171; *Reinhard Behrens*, Die Deutschnationalen in Hamburg 1918–1933, Hamburg 1973; *David Walker*, The Nationalist German People’s Party. The Conservative Dilemma in the Weimar Republic, in: *Journal of Contemporary History* 14, 1978, S. 627–647; *Robert Grathwol*, Stresemann and the DNVP. Reconciliation or Revenge in German Foreign Policy 1924–1928, Lawrence 1980; *Jan Striesow*, Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918 bis 1922, 2 Bde., Frankfurt am Main 1981; *Amrei Stupperich*, Volksgemeinschaft oder Arbeitersolidarität. Studien zur Arbeitnehmerpolitik in der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1933, Göttingen/Zürich 1982; *Jens Flemming*, Konservatismus als „nationalrevolutionäre Bewegung“. Konservative Kritik an der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1933, in: *Dirk Stegmann/Bernd Jürgen Wendt/Peter-Christian Witt* (Hrsg.), Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert: Festschrift für Fritz Fischer zum 75. Geburtstag und zum 50. Doktorjubiläum, Bonn 1983, S. 295–331; *Günter J. Trittel/Hans Schlange-Schöningen*, Ein vergessener Politiker der „ersten Stunde“, in: *VfZ* 35, 1987, S. 25–63; *Wolfgang Krabbe*, Die Bismarckjugend der Deutschnationalen Partei, in: *German Studies Review* 17, 1994, S. 9–23; *Christian F. Trippe*, Konservative Verfassungspolitik 1918–1923. Die DNVP als Opposition in Reich und Ländern, Düsseldorf 1995; *Geoff Eley*, Konservative und radikale Nationalisten in Deutschland. Die Schaffung faschistischer Potentiale 1912–1928, in: *ders.*, *Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland*, Münster 1996 (zuerst 1991), S. 209–247; *Manfred Kittel*, Zwischen völkischem Fundamentalismus und gouvernementaler Taktik. DNVP-Vorsitzender Hans Hilpert und die bayerischen

Dissertation von 2006 die Zeit von 1918/19 bis 1928 zusammenfassend in den Blick genommen und ein vielschichtiges Bild der Partei entworfen, die sich zwischen Opposition und gouvernementaler Zusammenarbeit im politischen System der Weimarer Republik beweisen und entscheiden musste wie vielleicht keine andere Partei. In seiner Organisations- und Politikgeschichte betont Ohnezeit erneut, dass die DNVP seit Gründung im November 1918 beständig mit der Integration verschiedener Strömungen wie den Freikonservativen, den Deutschkonservativen, Antisemiten, Völkischen, Alldeutschen und auch Teilen der ehemaligen Nationalliberalen zu tun hatte. Verschiedene Interessenverbände von Industrie, Landwirtschaft, Mittelstand aber auch von christlichen Arbeitnehmern und konservativen Frauenverbänden projizierten ihre Wünsche und Erwartungen zusätzlich auf die DNVP. Die Partei war daher dauernd grundsätzlichen Richtungskämpfen und mehreren Führungskrisen ausgesetzt.

Im Anschluss an Thomas Mergel argumentiert Ohnezeit jedoch, dass die DNVP trotzdem gouvernemental agierte und vor allem zwischen 1924 und 1928 ihre größte Chance zur Systemloyalität hatte.<sup>2</sup> Vor allem die DNVP-Beteiligungen an den Kabinetten Hans Luther I (15. Januar bis – 25. Oktober 1925) und Wilhelm Marx IV (29. Januar 1927 bis 15. Februar 1928) veranlassen Ohnezeit von einer frühen gouvernementalen Ausrichtung unter Oskar Hergt zu sprechen (Parteivorsitzender 1918–1924), die sich unter Kuno Graf von Westarp (Parteivorsitzender 1924–1928, Fraktionsvorsitzender 1925–1929) fortgesetzt habe, bis schließlich Alfred Hugenberg in einer langjährig vorbereiteten Kampfableitung im Oktober 1928 die DNVP bis zur Auflösung 1933 als Vorsitzender übernahm. Ein entschlossener Hugenberg traf hier 1928 auf einen zunehmend isolierten und entmutigten Westarp und schwor die Partei auf einen fundamentalen Oppositionskurs ein.

Ohnezeit möchte die Geschichte der DNVP bewusst nicht von ihrem Ende der unterstützten Machtübernahme Hitlers 1933 her erzählen und den Blick offen lassen für die konstruktiven Regierungszusammenarbeiten der DNVP. Diese Sichtweise hat zunächst viel für sich, nicht zuletzt, weil trotz aller ernsthaften Vorbehalte gegen die Weimarer Republik Regierungsbeteiligungen der DNVP auch auf Widerstände durch das Zentrum und der Sozialdemokratischen Partei trafen und die DNVP vereinzelt der Regierung (wie bei der Ernennung des Kabinettes Wilhelm Cuno am 22. November 1922) ihre wohlwollende Haltung signalisierte. Die Zentralisierung von Reichskompetenzen unterstützte die Partei ebenso wie vereinzelt Arbeitsmarktreformen, zum Beispiel die Erwerbslosenversicherung. Jedoch trug die DNVP immer wieder auch entscheidend zur Handlungsunfähigkeit der Regierung und des Parlaments bei. Eine Schulpolitik, die den Einfluss der Kirchen über die Bekenntnisschulen stärken sollte, war den Deutschnationalen im Verbund mit der Bayerischen Volkspartei in ihrer Regierungspolitik so wichtig, dass die Regierung Marx 1928 daran auseinanderbrach, nachdem die harschen Auseinandersetzungen vor allem mit der Deutschen Volkspartei (DVP) um ein laizistisches Schulgesetz zuweilen an den Kulturkampf des Kaiserreichs erinnern konnten.

Die Zerrissenheit der Partei blieb seit ihrer Gründung bestehen. Die Stärkung der präsidialen Rechte nach § 48 der Verfassung wurde stets von der DNVP gefordert und unterstützt. Die monarchistische und adelsfreundliche Propaganda gegen die Fürstenenteignung 1926 erschien als Erfolg für die Partei, aber die Verlängerung des Republikenschutzgesetzes 1927 brachte die DNVP erneut an den Rand der Spaltung, nachdem Westarp die Einheit der Partei auch während der Regierungsbeteiligung erhalten wollte und lediglich die Abschaffung des 1922 eingerichteten Staatsgerichtshofs erreichte, der nach

---

Deutschnationalen, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 59, 1996, S. 849–901; Axel Schildt, Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998, S. 131–210; Helge Matthiesen, Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur 1900–1990, Düsseldorf 2000; Thomas Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, 2. Aufl., Düsseldorf 2005 (zuerst 2002); ders., Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus. Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei 1928–1932, in: HZ Bd. 275, 2002, S. 323–368; Hans Dieter Berndt, Die Beseitigung der Weimarer Republik auf „legalem Weg“. Die Funktion des Antisemitismus in der Agitation der Führungsschicht der DNVP, Hagen 2004; Elina Kiiskinen, Die Deutschnationale Volkspartei in Bayern (Bayerische Mittelpartei) in der Regierungspolitik des Freistaats während der Weimarer Zeit, München 2005; Larry E. Jones/Wolfram Pyta (Hrsg.), „Ich bin der letzte Preuße“. Der politische Lebensweg des konservativen Politikers Kuno Graf von Westarp 1864–1945, Köln/Weimar etc. 2006; Manfred Kittel, „Steigbügelhalter“ Hitlers oder „stille Republikaner“? Die Deutschnationalen in neuerer politikgeschichtlicher und kulturalistischer Perspektive, in: Hans-Kristof Kraus/Thomas Nicklas (Hrsg.), Geschichte der Politik. Alte und neue Wege, München 2007, S. 201–235.

<sup>2</sup> Vgl. Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik; ders., Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus.

dem Mord an Walther Rathenau die Republik juristisch durch Organisationsverbote auf der extremen Rechten sichern sollte. Wesentliche Grundkonflikte um die Außenpolitik Gustav Stresemanns sowie die politische Radikalisierung im Gefolge von Ruhrbesetzung und Inflation wirkten schließlich seit 1923 zusätzlich auf die Flügelkämpfe von Gemäßigten und Radikalen in der Partei.

Ohnezeit legt mit einer sehr gelungenen Zusammenschau der politischen Arbeit der DNVP im Reichstag die Grundkonflikte der Partei dar, die aus dem Dilemma der ewigen Auseinandersetzung um Regierungsbeteiligung oder Fundamentalopposition eben nie herauskam. Ohnezeit betont zu Recht den großen Einfluss der Deutschkonservativen, die innerhalb der DNVP weiterbestanden, den Grundstein für die komplexe Führungsstruktur der Partei legten und auf ein geschärftes altkonservatives Ideal in der Partei achteten. Die schwierige Quellenlage, die aufgrund der föderalen Struktur der Partei mit zuweilen 54 Landesverbänden (1928) und 1.900 Frauenausschüssen (1922) bis heute für eine grundlegende Parteiengeschichte dürftig bleibt, macht eine genaue Erzählung aber weiterhin schwierig, während gerade die Mobilisierung von konservativen Frauen innerhalb der DNVP in den letzten Jahren wichtige Studien hervorgebracht hat.<sup>3</sup> Ohnezeits Konzentration auf die Reichsebene ermöglicht dahingehend zusätzlich nur eine begrenzte Reichweite seiner Studie. Trotzdem ist dies ein wichtiges Buch, das die Spannungen innerhalb der DNVP aufzeigt, die den Untergang der Monarchie nie verdaut hatte und im Parteiprogramm den „organischen Staatsgedanken“ propagierte, aber dennoch politische Interessen im Reichstag zu vertreten und zur Übernahme von Regierungsverantwortung bereit war.

Es bleiben aber Fragen offen, die mit der Radikalisierung der DNVP zu tun haben. Ohnezeit betont, dass der Alldeutsche Verband mit der Parteiübernahme durch Hugenberg 1928 die DNVP dominierte und bereits früh auf den Kurs der Partei Einfluss zu nehmen versucht hat. Jedoch bleibt Ohnezeit in seiner Darstellung der Wirkungsmöglichkeiten der Alldeutschen eher kursorisch, obwohl der Autor betont, dass der Alldeutsche Verband seit 1927 auf einen Oppositionskurs der DNVP bestanden und ab 1926 mit Druck auf die DNVP-Führung um Westarp eingewirkt habe, um günstige Wahllistenplätze für eigene Verbandsvertreter zu erreichen. Zusätzlich hätten die Alldeutschen über den Stahlhelm oder die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands auf die DNVP gewirkt. Tatsächlich hatten aber bereits alldeutsche Parteimitglieder ihre eigene Agenda zur Radikalisierung der DNVP vor allem über den Deutschvölkischen Reichsausschuss organisiert, der 1922 nach dem Ausscheiden der deutschvölkischen Anhänger und der Gründung der Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP) eingerichtet wurde. Diese Arbeit war weit weniger mit der Führung des Alldeutschen Verbands strategisch abgesichert, als man annehmen könnte. Der Einfluss der Alldeutschen auf die Mobilisierungspolitik des Stahlhelms und seiner Kandidatenaufstellung für gemeinsame Wahllisten mit der DNVP war auch bei Weitem weniger möglich, als Ohnezeit annimmt, und die politische Koordination beider Organisationen wurde dann auch eher – wie so oft – durch Mehrfachmitgliedschaften einzelner Mitglieder erreicht.

Auch wird bei Ohnezeit die Rolle des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbands, Heinrich Claß, für die Ende 1925 einsetzende Mobilisierung von Hugenberg für eine Stichwahl gegen Westarp erneut überschätzt.<sup>4</sup> Einzelne Alldeutsche Ortsgruppen förderten über die DNVP-Landesverbände die Radikalisierung der Partei. Diese Bemühungen bündelten sich dann vor allem erst 1927/28 innerhalb der DNVP in den Ortsverbänden der Partei und insbesondere durch die Koordination durch Wilhelm von Dommes (Verwalter des Hauses Hohenzollern, Vorsitzender des DNVP im Wahlkreises Potsdam II und späteres Mitglied des Alldeutschen Verbands). Die These, die DNVP sei zwischen 1928 und 1930 zum „verlängerten Arm des Alldeutschen Verbandes“ geworden (S. 447f.), übersieht, wie abhängig sich die Alldeutschen auch von Hugenberg ab 1928 gemacht hatten, und zeigt die eigentliche Schwäche dieser

---

<sup>3</sup> Vgl. *Andrea Süchting-Hänger*, „Das Gewissen der Nation“. Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900–1937, Düsseldorf 2002; *Raffael Scheck*, *Mothers of the Nation. Right-Wing Women in Weimar Germany*, Oxford 2004; *Christiane Streubel*, *Radikale Nationalistinnen. Agitation und Programmatik rechter Frauen in der Weimarer Republik*, Frankfurt am Main 2006; *Julia Sneeringer*, *Winning Women's Votes. Propaganda and Politics in Weimar Germany*, Chapel Hill/London 2006; *Kirsten Heinsohn*, *Konservative Parteien in Deutschland 1912 bis 1933. Demokratie und Partizipation in geschlechterhistorischer Perspektive*, Düsseldorf 2010.

<sup>4</sup> Vgl. auch *Björn Hofmeister*, *Between Monarchy and Dictatorship. Radical Nationalism and Social Mobilization of the Pan-German League, 1914–1939*, Ph.D., Georgetown 2012; *Johannes Leicht*, *Heinrich Claß 1868–1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen*, Paderborn 2012.

Studie an, dass sie die Geschichte der DNVP nicht bis zum Ende 1933 erzählt. Das Verhältnis von Alldeutschem Verband und DNVP war alles andere als konfliktfrei, und Hugenberg agierte zum Bedauern der Alldeutschen gerade nicht immer im alldeutschen Interesse, sondern nach eigenen Führungsauffassungen. Hugenberg blieb vor allem von 1932 bis 1933 nicht der Führer, den sich Claß gewünscht hatte. Die zeitweilige Entfremdung wurde deutlich, als sich Claß 1932 zuweilen vorbehielt, sowohl für die DNVP als auch für die NSDAP Wahlempfehlungen auszurufen. Zudem hatte der Alldeutsche Verband damit zu kämpfen, dass er sich ab 1928 einerseits zur Propaganda-Zentrale für die Belange Hugenbergs machte, andererseits gegenüber der sich abzeichnenden Kooperation von Hugenberg mit Hitler 1933 eine skeptische Haltung einnehmen wollte. Beide Organisationen, DNVP und Alldeutscher Verband, gingen jedoch auf demselben Weg in die politische Bedeutungslosigkeit, als sie sich bis 1933 zu Milieuorganisationen entwickelt hatten, die nun gemeinsam an der Unfähigkeit scheiterten, weite Bevölkerungskreise zu erreichen.

Das Verhältnis zwischen Alldeutschen und Deutschnationalen ist also viel komplexer. Ohnezeits zuweilen auftretende Sprachgenauigkeit trägt leider nicht zu einer präzisen Einschätzung der Wirkungsmöglichkeiten derjenigen Mitglieder des Alldeutschen Verbands bei, die entweder innerhalb der DNVP als Mitglieder oder außerhalb der Partei in Kampagnen zum Beispiel für Hugenbergs Übernahme des Parteivorsitzes arbeiteten. So ist austauschbar zu lesen von „alldeutsch-völkischer Rechte“, „alldeutschen und altkonservativen Kritikern“, „bürgerlich-konservativen Kreisen“, „alldeutschen und völkischen Kreisen“, „alldeutsch-völkischem Flügel um Hugenberg“, „Völkisch-Radikalen“, „völkisch-alldeutschen Kreisen“ und schließlich von „rechtsradikalen Fundamentalisten“. Ohnezeit attestiert zu Recht vor allem Hugenberg (Gründungsmitglied des Alldeutschen Verbands 1891), Walther Graef und Axel von Freytagh-Loringhoven eine wichtige Rolle in der Radikalisierung der Partei durch alldeutsche Parteimitglieder. Jedoch bleibt auch aufgrund schwieriger Quellenbestände noch unklar, inwieweit der Deutschvölkische Reichsausschuss, der als politisches Vehikel für Akteure wie Freytagh-Loringhoven fungierte, eigentlich als radikale und antisemitische Plattform innerhalb der DNVP auf lokaler Ebene agierte. Ebenso ist der genaue Zusammenhang zwischen Hugenbergs Presseimperium und seinem Wahlerfolg 1928 noch zu erkunden. Trotz hervorragender Studien zum „Pressezaren Hugenberg“ bleibt auch weiterhin nachzuweisen, dass Hugenberg für die seit Jahren finanziell klammen Ortsgruppen und Landesverbände der DNVP auch wählbar war, weil er einen Finanzsegen zu versprechen schien, der die Partei insgesamt durch seine Verbindungen zur Industrie aus der chronischen Kapitalmisere hätte herausholen können.<sup>5</sup>

Denn die Industrie schaute im bürgerlichen Lager (trotz aller Anstrengungen nach Einfluss innerhalb der DNVP) verstärkt zur DVP, während die landwirtschaftlichen Interessensverbände der DNVP mit einsetzender Agrarkrise 1926/27 und der Fundamentalopposition zur Reichsregierung unter Hugenberg zunehmend den Rücken kehrten. Bemühungen der DNVP, unter Westarp eine arbeitnehmerfreundlichere Sozialpolitik durchzusetzen, stießen zusätzlich nicht auf die notwendige Gegenliebe der Industrie, und eine Durchsetzung von Schutzzöllen durch die DNVP ging dann wiederum den Agrarverbänden nicht schnell genug. Das Grunddilemma der Sammlungspartei brach endgültig unter Hugenberg auf, als die DNVP ihre agrarische Mitglieder- und Wählerbasis und somit ihre Hochburgen östlich der Elbe schleichend verlor. Mit dem landesweiten Aufstieg der NSDAP seit 1930 wurde die DNVP nun zunehmend zur Gesinnungspartei altkonservativer Honoratioren mit schmaler Interessentel.

Diese Radikalisierung innerhalb der konservativen Rechten der DNVP hatte auch ihre Ursache in einer ungeklärten Stellung zur Politik der Weimarer Republik bei den landwirtschaftlichen Interessenverbänden: DNVP und agrarische Interessenverbände standen sich von Natur aus sehr nahe, und agrarische Interessen waren mehrheitlich durch die DNVP organisiert. Einerseits war die Republik als Regierungsform entsprechend unbeliebt bei den Großagrariern sowie den Klein- und Mittelbauern, andererseits

---

<sup>5</sup> Vgl. *Dankwart Guratsch*, Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums, Düsseldorf 1974; *John A. Leopold*, Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic, New Haven 1977; *Heidrun Holzbach*, Das „System Hugenberg“. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1980; *Klaus Wernecke/Peter Heller*, Der vergessene Führer. Alfred Hugenberg. Pressemacht und Nationalsozialismus, Berlin 1982.

verdankte man dem neuen System das Ende der im Ersten Weltkrieg eingeführten Zwangsbewirtschaftung und die umfangreiche wie umstrittene „Osthilfe“, die als Zuschussleistung für die verfehlte Modernisierungspolitik vieler Gutshöfe gewährt wurde. Die Frage nach der Stellung der Nachfolgeorganisationen des Bundes der Landwirte, der 1893 durch die Deutschkonservative Partei als außerparlamentarische Mobilisierungsinstanz gegründet worden war, im System von außerparlamentarischer Politik von Vereinen und Interessenverbänden bleibt trotz vorliegender Studien weiterhin für viele regionale Fälle der Provinzial- und Landesverbände unbeantwortet.<sup>6</sup> Daher legt Rainer Pomp mit seiner Fallstudie des Brandenburgischen Landbundes (1919–1933) eine vielversprechende Analyse vor, die gerade für eines der Zentren Preußens „Bauern und Großgrundbesitzer auf ihrem Weg ins Dritte Reich“ untersuchen will. In elf Kapiteln möchte Pomp die Loslösung der Bauern sowohl von der Standesideologie der Junker sowie von der DNVP als agrarische Interessenpartei bis 1933 nachzeichnen und die misslungene Einbindung der sich zunehmend als selbstbewusste Akteure begreifenden Bauern in die Mobilisierungsbemühungen der bis 1928 von deutschnationalen Großgrundbesitzern dominierten Landbünde beschreiben. Am Ende dieser sozio-politischen Verselbstständigung stand dann nach Pomp die bewusste Eingliederung der Mehrzahl der Bauern in die NS-Bewegung, die sich auf dem Weg zur Macht ab 1928 verstärkt den agrarischen Interessen auf dem Lande zuwandte.

Pomp geht von einem allgemeinen und gezielten Übertritt der Bauern von den agrarischen Interessenverbänden wie dem Reichslandbund (1921–1933) und den lokalen Landbünden wie dem Brandenburgischen Landbund zur NSDAP aus. Der Autor kann zeigen, dass der Brandenburgische Landbund, wie viele andere politische oder berufsständische Organisationen der konservativen Rechten, der Herausforderung durch die NS-Bewegung durch eigene organisatorische Desintegration und schwindende Mitgliederbindung gerade infolge von Inflation und großer Depression nicht gewachsen war. Das Scheitern eigener Strukturen, wie der Landbundgenossenschaften, und mangelndes Interesse der Mitglieder an den eigenen Bauernhochschulen führten zu einem vermehrten Austritt von Mitgliedern aus dem Landbund. Dies war auch bei dem mit zuweilen 15.000 bis 18.000 Mitgliedern vergleichsweise

---

<sup>6</sup> Vgl. Kurt Neumann, Die Rolle des Reichslandbundes bei der Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland 1928–1933, Rostock 1977; Ralf Müller, Wählerbewegung und Gestaltung der Beziehungen zwischen DNVP und Landbund in den Jahren der Weimarer Republik im Regierungsbezirk Frankfurt Oder, Frankfurt an der Oder 1991; Guido Dressel, Der Thüringer Landbund – Agrarischer Berufsverband als politische Partei in Thüringen 1919–1933, Weimar 1998; Stephanie Merkenich, Grüne Front gegen Weimar. Reichslandbund und agrarischer Lobbyismus 1918–1933, Düsseldorf 1998. Vgl. darüber hinaus Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932, Stuttgart 1963; Horst Gies, NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik, in: VfZ 15, 1967, S. 341–376; Hans-Jürgen Puhle, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im Wilhelminischen Reich, 1893–1914. Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Bonn 1975; Dieter Gessner, Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933, Düsseldorf 1976; Jens Flemming, Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890–1925, Bonn 1978; Martin Schumacher, Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923, Düsseldorf 1978; Zdenek Zofka, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928–1936, München 1979; Robert G. Moeller, German Peasants and Agrarian Politics 1914–1924. The Rhineland and Westphalia, Chapel Hill/London 1986; Jonathan Osmond, The Free Peasantry. Agrarian Protest in the Bavarian Palatinate 1893–1933, Oxford 1986; Jürgen Bergmann/Klaus Megerle, Protest und Aufruhr der Landwirtschaft in der Weimarer Republik 1924–1933, in: Jürgen Bergmann/Jürgen Brockstedt/Rainer Fremdling u.a. (Hrsg.), Regionen im historischen Vergleich. Studien zu Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1987, S. 200–287; James Retallack, Notables of the Right. The Conservative Party and Political Mobilization in Germany 1876–1918, London 1988; Wolfram Pyta, Dorfgemeinschaft und Politik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989; Heinz Reif, Antisemitismus in den Agrarverbänden Ostelbiens während der Weimarer Republik, in: ders. (Hrsg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Agrarkrise – junkerliche Interessenpolitik – Modernisierungsstrategien, Berlin 1994, S. 379–411; Shelley Baranowski, The Sanctity of Rural Life. Nobility, Protestantism, and Nazism in Weimar Prussia, New York 1995; Siegfried Weichlein, Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik. Lebenswelt, Vereinskultur und Politik in Hessen, Göttingen 1996; Wolfgang Zolitsch, Die Erosion des ländlichen Konservatismus. Ländlicher Adel in Preußen zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, in: Dieter Dowe/Jürgen Kockal/Heinrich August Winkler (Hrsg.), Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Rekrutierung – Qualifizierung – Karrieren, München 1999, S. 161–182; Markus Möller, Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, Düsseldorf 2001; Andreas Merkenich, „Fällt der Bauer, stürzt der Staat“. Deutschnationale Agrarpolitik 1928–1933, München 2003; Reinhold Weber, Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg. Konservative Parteien im Kaiserreich und in Weimar 1895–1933, Düsseldorf 2004; Ulrich Kluge, Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft im 20. Jahrhundert, München 2005.

erfolgreichen Jugendlandbund der Fall, der, wie Pomp sehr gut zeigen kann, ab Mitte der 1920er Jahre Mitglieder verlor, als die Zwangswirtschaft aus dem Ersten Weltkrieg bis 1923/24 weitgehend abgeschafft war und somit ein Hauptmobilisierungselement der Landbünde wegfiel. Die sogenannten „stabilen Jahre“ der Weimarer Republik von 1924 bis 1928 wurden auch ruhigere Jahre für den Brandenburgischen Landbund, der noch vor dem Scheitern des Hitlerputsches 1923 mit Einwohnerwehren, der Organisation Consul oder der Schwarzen Reichswehr über Umsturz und Diktatur verhandelte.

Jedoch verhielt sich der Brandenburgische Landbund im Parteiengefüge weiterhin äußerst ambivalent. Es wurden immer wieder die DNVP und die NSDAP zu den Reichstagswahlen empfohlen (zwischen 1928 und 1930 dann auch die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei), während man sich bis zuletzt schwertat, eigene Wahllisten aufzustellen, und somit zunächst immer in Abhängigkeit zur DNVP stand. Als der Führungskampf um Hugenberg und Westarp die DNVP in eine große Krise stürzte, wurde das auch zu einer Krise des Brandenburgischen Landbundes. Begleitet durch eine verschärfte Agrarkrise 1926/27 verlor die DNVP bei den Reichstagswahlen ab 1928 vor allem immer wieder auf dem Lande an Unterstützung. Die klassische dezentrale Struktur des Brandenburgischen Landbundes bedingte seinen weiteren Zerfall im Zuge der Sezessionen innerhalb der DNVP zwischen 1929 und 1930, welche die Auseinandersetzungen um einen gouvernemental-agrarischen Kurs – wie von Martin Schiele, Vorsitzender des Reichslandbundes von 1928 bis 1930, gefordert – und eine fundamental-oppositionellen Politik verstärkte. Es zeichnete sich auch beim Brandenburgischen Landbund ab, dass mit dem Auseinanderbrechen der DNVP den national-konservativen Verbänden wie dem Brandenburgischen Landbund die Integrationsklammer fehlte. Die Zersplitterung der politischen Rechten setzte Mobilisierungspotenzial frei, das schließlich der NSDAP zufiel, die auch jüngere Generationen von politisierten Bauern nicht nur durch radikale Ideologie und Forderungen, sondern auch durch einen dynamischeren politischen Stil binden konnte.

Trotz der wichtigen Darstellung dieser Entwicklungen ist Pomps Dissertation jedoch ein schwieriges Buch – für den Leser wie wohl auch für den Autor, der sichtlich Schwierigkeiten gehabt haben muss, sich mit diesem Thema strukturiert auseinanderzusetzen. Dies zeigt sich nicht nur darin, dass der Text immer wieder von fragwürdigen Absätzen (oftmals mit nur einem Satz) durchzogen ist und Zusammenhänge zwischen Kapiteln und Themen sich oftmals nicht unbedingt erschließen (ein straffes Lektorat hätte auch geholfen, die zahlreichen falschen Worttrennungen zu verhindern). Ebenso bleibt zuweilen aufgrund einer ungenauen semantischen Differenzierung unklar, ob „Landvolk“, „Landbevölkerung“, oder „ländliche Bevölkerung“ nun wirklich auch die Großgrundbesitzer mit einschließt, die als Landbesitzer mit über 100 Hektar Grundbesitz definiert sind. Pomp spricht mal von den Bauern als zentralem Untersuchungsgegenstand, gewährt dann der Diskussion um die Rolle der Großgrundbesitzer im Landbund Raum, und erklärt schließlich wieder das Verhältnis der Bauern in Bezug auf ihre Stellung zu den Großgrundbesitzern zum zentralen Untersuchungsgegenstand.

Ein viel größeres Problem bleibt aber, dass Pomp seine Studie angesichts der eingangs dargelegten Quellendefizite nur bedingt quellengestützt schreiben kann und sich daher der „Weg ins Dritte Reich“ in der Tat nur über eine skizzenhafte Organisationsstruktur des Brandenburgischen Landbundes erreichen lässt. Der Zugang zur eigentlichen Frage nach den Wegen der brandenburgischen Bauern (und Großgrundbesitzer) zur NSDAP bleibt von Anbeginn eng. Für wichtige Stationen der Politisierung wie den Landwirtschaftskammerwahlen 1931, die von Pomp als bedeutender Schritt der NSDAP zur „Eroberung der Landbünde“ vorgestellt wird, kann der Autor die eigentliche Erkenntnis, dass sich die Anzahl der nationalsozialistischen Bauern nicht ermitteln ließ, nur in die Fußnote verschieben. Über eine dezidierte Sozialstruktur der Funktionäre des Brandenburgischen Landbundes erfährt der Leser nichts. Ob dies an fehlenden Namenslisten liegt, bleibt offen; das Archiv sei immerhin zu zwei Drittel überliefert, so Pomp. Ob wirklich alle Bauern (unterschiedlicher Besitzklassen) im Brandenburgischen Landbund vertreten waren (zum Beispiel 120.000 im Jahr 1923), bleibt ebenso offen. So sei auch nichts über Frauen in der Organisation bekannt – was nicht unbedingt überrascht, aber diskussionswürdig bleibt. Schließlich attestiert Pomp der Politisierung der Landfrauen kurz und knapp keine größere Bedeutung, weil sie „quellenmäßig nicht greifbar“ seien (S. 141). Des Weiteren bietet Pomp auch keine genaue Wahlanalyse an, die außer den bekannten Reichstagswahlergebnissen für die Landgemeinden mehr als nur einen allgemeinen Verlust für die DNVP zwischen 1920 und 1932 sowie einen Aufstieg der NSDAP vor allem ab 1928 und 1930 darzustellen vermag. Das Wahlverhalten der Bauern

im Brandenburgischen Landbund wird somit vor allem aus den allgemeinen Wahlergebnissen herausgelesen.

Manche Annahmen bleiben leider auch spekulativ, wenn Pomp beispielsweise vermutet, dass die Bauern andere Berufsvertretungen wie der 1896 gegründeten Landwirtschaftskammer „wohl nicht“ als ihre Interessenvertretung ansahen (S. 51) oder dass „wohl einige Bauern“ die Abdankung des Kaisers bedauert hätten (S. 106) und 1924 „sicher nun fast alle Bauern“ DNVP gewählt hätten (S. 382). Diese Ungenauigkeiten und Spekulationen ziehen sich durch den Text: „Die Zahl derjenigen adligen Großgrundbesitzer, die vor der Machtergreifung zur NSDAP übergetreten waren, war sicher geringer als derjenigen, die der DNVP die Treue hielten“ (S. 367). Oder „man“ habe innerhalb der DNVP den Adel „federführend“ in der Partei wie im Landvolk sehen wollen (S. 115). Dass die NSDAP schließlich um 1930 „fast die gleiche Ideologie und Programmatik wie die DNVP“ gehabt habe (S. 317), trägt auch nur wenig zur historischen Genauigkeit bei und übergeht schlichtweg wichtige Unterschiede zwischen beiden Parteien und ihren Anhängern, die für eine Geschichte des Aufstiegs der einen und dem Bedeutungsverlust der anderen Organisation unerlässlich sind.

Mehr analytische Genauigkeit hätte sich auch empfohlen, wenn sich die zentrale Annahme des Buchs um die Radikalisierung der Bauern (und Großgrundbesitzer) dreht, jedoch keinerlei Maßstab aufgezeigt wird, was „Radikalisierung“ eigentlich bedeuten soll. Gerade im Hinblick auf antisemitische Ideologie und die Bauernbundideologie eines Bruno Tanzmann oder Hans Friedrich Karl Günther wären hier eventuelle Abstufungen zwischen 1893 und 1933 aufschlussreich gewesen. Schließlich blieb die antisemitische Deutschvölkische Freiheitspartei, die sich 1922 mit eigenen Bauernorganisationen von der DNVP als völkischer Flügel abspaltete, nach Pomp keine Alternative für Mitglieder des Brandenburgischen Landbundes. Ebenso scheinen auch manche Momente der Mobilisierungspolitik des Brandenburgischen Landbundes klassische Klientelpolitik gewesen zu sein, die sich um Getreideumlagen, Zölle und Preise drehte und somit teilweise traditionelle Protestformen von bäuerlichen Interessenlagen im Verhandeln mit Staat und Markt widerspiegelte. Pomp stellt die Entwicklung des Landbundes eher als ein Zusammenspiel von Niedergang und Bedeutungsverlust auf der einen Seite und Unterwanderung durch radikale und nationalsozialistische Mitglieder auf der anderen Seite dar, die – obwohl sie viele Kreislandbünde übernahmen (wie im Westhavelland) – auch noch 1931/32 nicht am Ziel angekommen waren (vgl. S. 343) und die parteipolitische Neutralität, die selbst noch bei den Reichspräsidentenwahlen 1932 ausgerufen wurde, nicht in ein klares Votum für Hitler im Wahlkampf hatten ummünzen konnten. Der Brandenburgische Landbund zog sich dann schließlich im Verlauf des Jahres 1932 gänzlich aus den Wahlkämpfen zurück, so Pomp.

Pomp hat verdienterweise über weite Strecken Licht in die Organisationsweise des Brandenburgischen Landbundes gebracht, jedoch seine Geschichte vom Ende her gedacht, indem er ihn von Anbeginn als „rechtsradikal“ und NSDAP-nah darstellen wollte. Die wichtige Frage nach der Eigenmobilisierung der Bauern in Abgrenzung zu den Großagrariern als Honoratioren bleibt daher auch weiterhin diskussionswürdig. Ähnliche Debatten sind bereits für die nationalistischen Interessenverbände im Kaiserreich geführt (jedoch von Pomp nur peripher rezipiert) worden und endeten naturgemäß in einem Kompromiss. Obgleich die traditionellen sozialen wie politischen Eliten wichtige Machtstellungen in den außerparlamentarischen Interessenverbänden behielten, stellten sich gleichzeitig neue (und oftmals jüngere) Meinungsführer auf, die über außerparlamentarische Interessenvereine Druck auf die Parteien ausübten.<sup>7</sup> Die Frage stellt sich daher nicht nur nach der Radikalisierung des Landbundes, sondern auch nach dem Funktionsverlust des Parlaments (gerade nach 1930), der schließlich auch die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der DNVP oder der agrarischen Christlich-Nationalen Bauern- und

---

<sup>7</sup> Vgl. vor allem *Dirk Stegmann*, *Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897–1918*, Köln/Berlin 1970; *Geoff Eley*, *Reshaping the German Right: Radical Nationalism and Political Change after Bismarck*, 2. Aufl., Ann Arbor 1990 (zuerst 1980); *David Blackbourn/Geoff Eley*, *The Peculiarities of German History. Bourgeois Society and Politics in Nineteenth-Century Germany*, Oxford 1984; *Roger Chickering*, *We Men Who Feel Most German: A Cultural Study of the Pan-German League 1884–1914*, London 1984; *Wolfgang Mock*, „Manipulation von oben“ oder „Selbstorganisation an der Basis“? Einige neuere Aufsätze der englischen Historiographie zur Geschichte des deutschen Kaiserreichs, in: *HZ* Bd. 232, 1981, S. 358–375; *Axel Griesmer*, *Massenverbände und Massenparteien im wilhelminischen Reich. Zum Wandel der Wahlkultur 1903–1912*, Düsseldorf 2000; *James Retallack*, *The German Right 1860–1920. Political Limits of the Authoritarian Imagination*, Toronto 2006.

Landvolkpartei (1928 gegründet) nivellierte. Das Zusammenspiel der Übernahme des parlamentarischen Raums und des öffentlichen Raums des traditionellen Vereinswesens war demnach für die NS-Bewegung entscheidend.

Von einer umfassenden, frühen ‚Nazifizierung‘ der Großgrundbesitzer kann innerhalb des Brandenburgischen Landbundes übrigens nicht die Rede sein, denn Pomp bescheinigt, dass „die Mehrheit der Großgrundbesitzer bei den Deutschnationalen geblieben ist“ (S. 369). Also scheint eine genaue Abgrenzung zwischen radikalen Deutschnationalen unter Hugenbergs Führung ab 1928 und radikaleren Nationalsozialisten unter Hitlers Führung weiterhin wichtig zu sein. Auch deutet Pomp an, wie die NS-Funktionäre, die ab 1928 strategisch in die traditionellen Verbandsstrukturen auch auf dem Lande eindringen, ihre ersten Kandidaten in den Führungsgremien dazu benutzten, die Organisationen von innen her mit zunächst wenig Personal zu ideologisieren – was häufig aber nur über Denunziationen und regelrechte Kämpfe mit lang gedienten Funktionären erreicht wurde, die schließlich auch durch einen neuen politischen Stil der kommunikativen Gewalt verdrängt wurden.

Ein Versuch, sich den Großgrundbesitzern im Landbund in Auseinandersetzung mit den Bauern um Politik und Führung zu nähern, hätte vielleicht lohnender ausfallen können. Pomp attestiert schließlich den Großgrundbesitzern eine dauerhafte dominante Machtstellung gerade in den Landbundorganisationen des Reichslandbundes wie des Brandenburgischen Landbundes und verweist auf die zunehmende Stellung von Bauernführern bei ihren Protestaktionen als „opinion leaders“ (S. 139). In diesem Konflikt um Macht, politischen Stil und Strategien im Umgang mit Interessen von Bauern und Großgrundbesitzern in einem sich verändernden Verhältnis zu Staat und Parteien wäre eine große Erzählung gut angelegt gewesen.

Ebenso wie die DNVP oder die Landbünde stellt der Alldeutsche Verband (1891–1939) trotz zahlreicher Studien zur Vorkriegszeit bis 1914 immer noch eine Herausforderung für die Geschichtswissenschaft dar.<sup>8</sup> Die Gesamtdarstellungen zur Geschichte des Alldeutschen Verbandes von Alfred Kruck und Rainer Hering behandelten die Weimarer Zeit eher cursorisch und die beiden verdienstvollen, jedoch unveröffentlichten Dissertationen von Willi Krebs und Brewster S. Chamberlain wurden entweder mit gezielt marxistischer DDR-Perspektive geschrieben oder unterstellten dem Verband eine zentrale Rolle innerhalb der Rechten Weimars, ohne jedoch über die Jahre 1926/28 hinauszugehen. Barry Jackisch legt nun in überarbeiteter Druckfassung seine im Jahr 2000 verteidigte Dissertation zum Verband in der Weimarer Republik vor, die einerseits eine zentrale Bedeutung der Alldeutschen in den Machtkämpfen der radikalen Rechten zwischen 1918 und 1933 aufzeigen und andererseits aber einen Bedeutungsverlust der Alldeutschen im Zuge des Aufstiegs der NS-Bewegung betonen will. Jackisch möchte

---

<sup>8</sup> Vgl. *Otto Bonhard*, *Geschichte des Alldeutschen Verbandes*, Leipzig/Berlin 1920; *Mildred Wertheimer*, *The Pan-German League 1890–1914*, New York 1924; *Franz-Josef Sontag* (Pseudonym Junius Alter), *Nationalisten. Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit*, Leipzig 1930; *Dietrich Jung*, *Der Alldeutsche Verband und die Marokkofrage*, Bonn 1934; *Siegfried Wehner*, *Der Alldeutsche Verband und die deutsche Kolonialpolitik der Vorkriegszeit*, Greifswald 1935; *Lothar Werner*, *Der Alldeutsche Verband 1890–1918. Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Meinung in Deutschland in den Jahren vor und während des Ersten Weltkrieges*, Berlin 1935; *Josefine Husmann*, *Der Alldeutsche Verband und die Flottenfrage*, Freiburg 1945; *Alfred Kruck*, *Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939*, Wiesbaden 1954; *Tokody Gyula*, *Az Össznémet Szövetség (Alldeutscher Verband) és közép-európai terve (1890–1918)*, Budapest 1959; *Ludwig Freisel*, *Das Bismarckbild der Alldeutschen. Bismarck im Bewußtsein und in der Politik des Alldeutschen Verbandes von 1890–1933*, Würzburg 1964; *Edgar Hartwig*, *Zur Politik und Entwicklung des Alldeutschen Verbandes von seiner Gründung bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges*, Jena 1966; *Willi Krebs*, *Der Alldeutsche Verband in den Jahren 1918–1939. Ein politisches Instrument des deutschen Imperialismus*, Berlin 1970; *Brewster Searing Chamberlain*, *The Enemy on the Right. The Alldeutsche Verband in the Weimar Republic, 1918–1926*, Maryland 1972; *Christina Broberg von Seggern*, *The Alldeutsche Verband and the German Nationalstaat*, Minnesota 1974; *Karl Lange*, *Die Ortsgruppe Braunschweig des Alldeutschen Verbandes vor dem Ersten Weltkrieg*, in: *Braunschweigisches Jahrbuch* 61, 1980, S. 75–104; *Chickering*, *We Men Who Feel Most German*; *Martina Walther*, *Ärzte und Zahnärzte im Alldeutschen Verband und in dessen Tochterorganisationen 1890–1939*, Mainz 1988; Michael Peters, *Der Alldeutsche Verband am Vorabend des Ersten Weltkrieges 1908–1912*, Frankfurt am Main 1996; *Gerald Kolditz*, *Rolle und Wirksamkeit des Alldeutschen Verbandes in Dresden zwischen 1895 und 1918*, 2 Bde., Dresden 1994, *ders.*, *Der Alldeutsche Verband in Dresden: Antitschechische Aktivitäten zwischen 1895–1914*, in: *Rainer Aurig/Steffen Herzog/Simone Lässig* (Hrsg.), *Landesgeschichte in Sachsen*, Dresden 1997, S. 235–248; *ders.*, *„Gedenke, daß Du ein Deutscher bist!“ – Die Ortsgruppe Dresden des Alldeutschen Verbandes zwischen den Weltkriegen*, in: *Renate Wißniewski/Gabriele Viertel* (Hrsg.), *Landesgeschichte und Archivwesen*, Dresden 2002, S. 415–433; *Rainer Hering*, *Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890–1939*, Hamburg 2003.

sich anschließen an Studien der letzten 20 Jahre, die auf die Zersplitterung der Rechten in Weimar hingewiesen haben, und benennt vor allem die wichtigen Studien von Larry E. Jones, Geoff Eley und Hermann Beck für diese Forschungsrichtung.<sup>9</sup>

Jackisch geht zunächst zu Recht davon aus, dass die elitäre Eingebundenheit des Alldeutschen Verbands in die außerparlamentarische Verbandspolitik Weimars, die sich auf der Rechten gerade bei den ‚alten‘ Verbänden gegen die Partizipation der ‚Massen‘ richtete und für eine autoritäre Staatsform eintrat, einen wesentlichen Zugriff auf die Geschichte des Verbands erlaubt.<sup>10</sup> Jackisch zeigt in seiner übersichtlichen Darstellung die wesentlichen Stationen alldeutscher Politik auf und konzentriert sich hier aber vor allem auf die Jahre von 1919 bis 1928. Ausgangspunkt für Jackischs Darstellung ist weniger die Kriegserfahrung der Mitglieder des Alldeutschen Verbands als die unmittelbare Revolution im November 1918. Die Bamberger Erklärung vom Februar 1919, die im Anschluss an den ersten Verbandstag nach Kriegsende verabschiedet wurde, ist für Jackisch der Ausgangspunkt seiner Darstellung, da somit ein erster Angriff auf die Weimarer Republik formuliert wurde, der nun auch antisemitische Töne in die Öffentlichkeit trug.

Die langen Diskussionen um den Stellenwert von Antisemitismus in der alldeutschen Politik, die bereits 1892 in den Ortsgruppen Hamburg und Berlin den gesamten Verband fast gesprengt hätten und bis 1917 unterdrückt und weitgehend in private Stellungnahmen einzelner Mitglieder ausgelagert wurden, kann Jackisch nicht nachzeichnen, da er erst Ende 1918 einsetzt. Die Kämpfe innerhalb des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes (1919–1922/23), der vom Alldeutschen Verband mit inspiriert war und auf erste Pläne für einen sogenannten „Judenausschuß“ im Herbst 1917 zurückging, werden bei Jackisch erstaunlicherweise auch nur sehr cursorisch behandelt.<sup>11</sup>

Insgesamt konzentriert sich Jackisch weniger auf die außerparlamentarischen Netzwerke des Alldeutschen Verbands und die Planungen von Claß und des Geschäftsführenden Ausschusses für einen Putsch, die vor allem bis Sommer 1923 stattfanden. Die zuweilen bizarre Einbindung von führenden Alldeutschen in den Kapp-Putsch 1920, wie Paul Bang, wird stattdessen ausführlicher behandelt, obwohl gerade dieser Putsch von Claß verurteilt wurde und der Verband insgesamt seit 1917 wenig Zutrauen in den Mitgründer der Deutschen Vaterlandspartei hatte. Wichtiger für die Radikalisierung der Alldeutschen waren vielmehr die Erfahrungen um reihenweise gescheiterte Mobilisierungsbemühungen für einen autoritären Umsturz mit führenden Vertretern der Einwohnerwehren, mit Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff und Vertretern der deutschen Monarchien (vor allem der Hohenzollern, der Wettiner und der Wittelsbacher). Das schwierige Verhältnis zwischen Claß und Ludendorff wird ausführlich behandelt, jedoch vor allem im Zusammenhang mit der Gründung der Deutschvölkischen Freiheitspartei um Albrecht von Graefe-Goldebee und dem von Claß bis zur Parteigründung sehr geförderten, aber als undankbar empfundenen Reinhold Wulle.

Die völkische Abspaltung der DVFP von der DNVP stand paradigmatisch für die „*völkisch malaise*“, wie Jackisch zu Recht die frühe Zersplitterung der konservativen Kräfte Weimars in gemäßigte und radikale Bewegungen bezeichnet. Die DNVP stellt für Jackisch daher auch den eigentlichen Fokus seiner Darstellung zu den Alldeutschen dar, denn er scheint in ihr die letzte Bastion konservativen Vernunftrepublikanismus zu sehen, bevor der neue Parteivorsitzende Hugenberg sie ab 1928 in ein kompromiss-

---

<sup>9</sup> Vgl. *Larry E. Jones*, *German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918–1933*, Chapel Hill/London 1988; *ders.*, „The Greatest Stupidity of My Life“. Alfred Hugenberg and the Formation of the Hitler Cabinet in January 1933, in: *Journal of Contemporary History* 27, 1992, S. 63–87, *ders.*, *Why Hitler Came to Power. In Defense of a New History of Politics*, in: *Konrad Jarausch/Jörn Rüsen/Hans Schelier* (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft vor 2000. Perspektiven der Historiographiegeschichte, Geschichtstheorie, Sozial- und Kulturgeschichte*, Hagen 1992, S. 259–280; *ders.*, *Nationalists, Nazis, and the Assault against Weimar. Revisiting the Harzburg Rally of October 1931*, in: *German Studies Review* 29, 2006, S. 483–494, *ders.*, *German Conservatism at the Crossroads. Count Kuno von Westarp and the Struggle for Control of the DNVP 1928–1930*, in: *Contemporary European History* 18, 2009, S. 147–177; *Geoff Eley*, *From Unification to Nazism. Reinterpreting the German Past*, New York/Oxford 1986, *Hermann Beck*, *The Fateful Alliance. German Conservatives and Nazis in 1933. The Machtergreifung in a New Light*, New York/Oxford 2008; *ders.*, *Konflikte zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten während der Machtergreifungszeit*, in: *HZ* Bd. 292, 2011, S. 645–680.

<sup>10</sup> Vgl. auch *Kruck*, *Geschichte des Alldeutschen Verbandes*; *Krebs*, *Der Alldeutsche Verband*; *Chamberlain*, *The Enemy on the Right*; *James Retallack*, *The German Right 1860–1920. Political Limits of the Authoritarian Imagination*, Toronto 2006; *Hofmeister*, *Between Monarchy and Dictatorship*.

<sup>11</sup> Vgl. dazu *Uwe Lohalm*, *Völkischer Radikalismus. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund 1919–1923*, Lübeck 1970.

los antirepublikanisches Profil gedrängt habe. Die Bemühungen des Deutschvölkischen Reichsausschusses, der, wie Jackisch festhält, keineswegs mehrheitlich von alldeutschen Mitgliedern besetzt war, um eine Radikalisierung der DNVP werden von Jackisch gerade im Hinblick auf die Regierungsbeileiligung der DNVP 1925 und 1927/28 sowie bei den Diskussionen um internationale Abkommen wie dem Dawes-Plan 1924 ausführlich behandelt und die radikale Propaganda des Ausschusses gegen gouvernementale Politik der Partei aufgezeigt. Das Zusammenspiel von alldeutschen Ortsgruppen und DNVP-Ortsverbänden in der Organisation radikaler antiparlamentarischer Propaganda, die vor allem Westarp zunehmend unter Druck setzten, führte auch dazu, dass dieser Claß um eine ruhigere Politik in der Öffentlichkeit bat. Der Verband wie auch die Alldeutschen innerhalb der DNVP ließen sich allerdings nicht ruhigstellen, jedoch bleibt trotz Jackischs Darstellung der genaue Beweis noch zu führen, dass lediglich die Alldeutschen innerhalb der DNVP zum Regierungsaustritt der Partei 1925 gezwungen hatten und dass dies wiederum seit den Verhandlungen um den Dawes-Plan 1924 von Claß und dem Geschäftsführenden Ausschuss des Verbands mit entsprechenden Wirkungen gezielt forciert wurde. Weder kann Jackisch eine genaue Analyse der alldeutschen Unterstützer in der DNVP auf nationaler wie lokaler Ebene anbieten, noch überzeugend darlegen, dass eine Partei deren Anhängerpotenzial sich seit 1924 von 736.777 Mitglieder auf 695.650 im Jahr 1928 verringerte und die gleichzeitig dennoch 12. 000 Ortsgruppen besaß, schon 1924/25 von der moderaten und gouvernementalen Unterstützung Westarps so abhängig gewesen sei, dass ihre spätere Radikalisierung bereits hier absehbar ist.<sup>12</sup> Angesichts der schwierigen Überlieferung von Ortsgruppenakten der DNVP wird eine solche Analyse auch zum jetzigen Zeitpunkt vermutlich leider nicht ausführlich zu leisten sein. Die Konkurrenz um die Macht innerhalb der DNVP war langwieriger, 1925 noch längst nicht einmal in der Aufstellung eines Kandidaten wie Hugenberg gesichert und stand letztlich noch bei der Kampfabstimmung 1928 auf Messers Schneide. Jackisch erkennt die „numerische Stärke“ der Partei in diesen Auseinandersetzungen an (S. 131), unterstellt aber eine Unfähigkeit der Parteiführung, mäßigend und einigend auf den radikalen Parteiflügel einzuwirken: Eine Diagnose, die für eine genauere Darstellung sowohl der Radikalisierung des völkischen, antisemitischen und alldeutschen Parteiflügels als auch der Probleme Westarps um seinen einigenden Führungsstil angesichts solcher Auseinandersetzungen gesprochen hätte, mit denen bereits Westarp zusammen mit der Parteileitung um Hergt 1922 angesichts der Austrittsbestrebungen der Deutschvölkischen zu tun hatte.<sup>13</sup> Für Westarp war es trotzdem ein Segen, als Claß und der Verband in Putschgerüchte verwickelt wurden, die ernste Konsequenzen für die Aktivitäten der Alldeutschen in der Partei hatten.

Wichtig ist bei Jackischs Darstellung die Betonung, dass Claß – anders als seinerzeit von der Regierung (vor allem von Gustav Stresemann) angenommen – in Wirklichkeit 1925/26 keinen Putsch geplant hat. Personalspielereien für ein autoritäres Diktaturkabinett zirkulierten vor allem vor dem Hitler-Putsch im November 1923 wiederholt in den alldeutschen Führungsgremien. Eine solche Liste mit Namen, die auch den Hugenbergs enthielt, diente aber 1926 dem politischen Zweck, den Alldeutschen Verband zu verbieten, nachdem man im Zuge des Republikenschutzgesetzes von 1922 eine große Chance zur staatlich forcierten Auflösung vertan und den Verband letztlich weiter in den Ländern zugelassen hatte. Stresemann wollte den Verband öffentlich diskreditieren, weil er die außenpolitische Rückbindung Deutschlands an die internationale Diplomatie durch alldeutsche Propaganda gefährdet sah. Er wusste nur zu gut um die lautstarke Propaganda der Alldeutschen, war er doch selbst erst kurz vor dem Kriegsende 1918 als Mitglied des Alldeutschen Verbands in Gegnerschaft zu Claß ausgetreten. Jackisch betont, dass vor allem Claß aus dem Putsch-Skandal politisch geschwächt hervorging. Tatsächlich musste aber vor allem der uncharismatische und doch für die Leitung eines Diktaturkabinetts auf der polizeilich beschlagnahmten Namensliste vorgesehene Johannes Neumann die politische Rechnung begleichen und verlor in der Folge unter Hohn und Spott seinen Lübecker Bürgermeisterposten. Der Prozess gegen Claß zog sich bis 1927 hin und hatte eine ernste Schwächung des Verbandsvorsitzen-

<sup>12</sup> Vgl. Dieter Fricke, Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, 2 Bde., Berlin 1968, Bd. 1, S. 716–729, hier: S. 723; Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933, Stuttgart 2008, S. 95–103; Max Weiß, „Organisation“, in: ders. (Hrsg.), Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1928, Leipzig 1928, S. 363; Manfred Dörr, Die Deutschnationale Volkspartei 1925 bis 1928, Marburg 1964, S. 432; Schildt, Konservatismus in Deutschland, S. 140.

<sup>13</sup> Vgl. dazu das Dissertationsprojekt von Daniela Gasteiger an der Ludwig-Maximilians-Universität München zur politischen Biografie von Kuno Graf von Westarp 1864–1945 (in Bearbeitung); sowie Jones/Pyta, „Ich bin der letzte Preuße“.

den zur Folge, nachdem Claß bereits im Hitler-Prozess 1924 und im Seeckt-Prozess unter großer politischer Beobachtung stand, als seine Diktaturplanungen in aller Öffentlichkeit verhandelt wurden – ein Verfahren demokratischer Medienöffentlichkeit, die dem im Geheimen agierenden Claß zutiefst missfiel, obwohl er selbst in erster Linie durch Presse und Verlage seine Politik propagierte. Da Claß in seinem Amt als Vorsitzender eine weitreichende politische Entscheidungsmacht inne hatte, die gerade seit seinem Amtsantritt 1908 und dann im Zuge der Kriegszieldiskussion 1914 weiter verstärkt wurde, schwächte sein physischer und psychischer Zustand auch die Handlungsfähigkeit des Verbands insgesamt. Dies führte zur Auslagerung alldeutscher Ambitionen durch Mitglieder zum Beispiel innerhalb der DNVP, die bereits seit 1922 im Deutschvölkischen Reichsausschuss radikale und antisemitische Politik innerhalb der Partei forcierten. Jackisch zeichnet diesen Prozess präzise nach, jedoch diskutiert der Autor nicht, inwieweit Claß, der die zentrale Rolle in seiner Darstellung zugewiesen bekommt, den Verband innerhalb seiner Machtarchitektur weltanschaulich, politisch und auch personalpolitisch dominierte und welche Rolle die Ortsverbände mit ihren Vertretern im Machtgefüge des Verbands spielten.

Der zentrale Fokus auf die Übernahme des Parteivorsitzes der DNVP durch Hugenberg im Oktober 1928 bleibt bei Jackisch auffällig unterbelichtet. Die wesentliche Rolle von Wilhelm von Dommers bei der Sicherung der knappen Mehrheit bei der Kampfabstimmung gegen Westarp lässt der Autor völlig unerwähnt, obwohl er hier die Bedeutung von alldeutschen Netzwerken und Mehrfachmitgliedschaften hätte unterstreichen können. Die Dramatik, die die Stimmungskampagne der Hugenberg-Anhänger seit 1927 begleitete und die Partei in der Mitte spaltete, wird bei Jackisch ausgeblendet. Ebenso unerwähnt bleibt, dass Hugenberg vermutlich mit nur fünf Stimmen Mehrheit gewählt wurde, wie vereinzelt in der Presse berichtet wurde. Ebenso erklärt Jackisch den Bedeutungsverlust der DNVP nach Oktober 1928 nicht, und auch der rapide Mitgliederrückgang, der sich nur schwer aus den Quellen aufgrund fehlender verlässlicher Überlieferungen durch die Ortsverbände rekonstruieren lässt, wird nicht in die Folgen politischer Radikalisierung durch Hugenberg eingebettet. Inwieweit also die Übernahme des DNVP-Vorsitzes durch ein führendes Mitglied des Alldeutschen Verbands auch eine Umsetzung alldeutscher Politik und somit einen ‚Erfolg‘ der Alldeutschen nach 1928 darstellte, bleibt erklärungsbedürftig. Claß jedenfalls wusste schnell um die schwachen Führungsqualitäten von Hugenberg und hielt sich mit entsprechender Kritik in vertrautem Kreise bis zum Frühjahr 1933 kaum zurück. Jackischs Behauptung, Claß habe seit 1928 unverändert an Hugengbergs Führungsqualitäten geglaubt (S. 159), wird der Dynamik innerhalb des Abhängigkeitsverhältnisses des Verbands zur DNVP, in der sich die Alldeutschen eben auch seit 1928 hineinbegeben hatten, nicht gerecht. Doch auf Claß wollte auch kein Hugenberg mehr hören, und somit erfuhr Claß nach eigener Erinnerung von der Kabinettsbildung Hugengbergs mit Hitler und Papen auch erst aus der Zeitung – als Claß wieder einmal in Thüringen zur Kur weilte.<sup>14</sup>

Jackisch bleibt auch an anderen Stellen ungenau, wenn er zum Beispiel die Bedeutung des bildungsbürgerlichen Hintergrunds der Verbandsmitglieder betont, jedoch keine statistischen Ausführungen zu den alldeutschen Mitgliedern und somit eine Erklärung des sozialen und kulturellen Verbandsmilieus anbietet. Der Hinweis auf die Ortsgruppen des Verbands wird in seiner Bedeutung und Reichweite nicht ausgeführt und es bleibt offen, in welchem Wechselspiel Macht zwischen Verbandsleitung und Ortsgruppen nach 1918 organisiert wurde. Jackisch bietet keine Architektonik der Verbandsherrschaft, die genauer zwischen der Macht von Claß als Vorsitzendem und den Ortsgruppenvorständen unterscheidet oder deutlich machen würde, wer „the League’s leaders“ oder „Claß and his associates“ genau sind. Auch typische Querverbindungen führender Verbandsmitglieder in andere Verbände werden zuweilen nicht hinreichend beleuchtet, wenn von „the Pan-German League and its allies“ die Rede ist, aber weitgehend die alldeutschen Mitglieder in der DNVP und im Reichsausschuss gemeint sind. Auch bei der Behandlung von Axel von Freytagh-Loringhoven ist zuweilen Ungenauigkeit in der Darstellung im Spiel, wenn er als Mitglied des alldeutschen Geschäftsführenden Ausschusses und als führendes Ausschuss-Mitglied der DNVP, jedoch nicht auch als Ortsgruppenleiter des antisemitischen und vom Alldeutschen Verband mit gegründeten Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in Breslau vorgestellt wird.

---

<sup>14</sup> Vgl. *Heinrich Claß*, *Wider den Strom II*, Bundesarchiv Berlin, N 2368, Kapitel 8.7.

Die fehlende Analyse der Mitgliederbewegung des Verbands führt Jackisch dann auch zu Spekulationen über das politische Verhalten der Mitglieder, das entscheidend für einen grundlegenden Bedeutungsverlust des Verbands insgesamt nach 1918 gewesen ist. Jackisch betont die Radikalität des ersten politischen Programms des Verbands, das die Alldeutschen im Februar 1919 in Bamberg vorgestellt hatten. Der Autor geht jedoch fehl in der Verwunderung, dass diese „Bamberger Deklaration“ die Mitglieder in ihrer Radikalisierung hätte beständig an den Verband binden müssen (die Zahl der Mitglieder hatte zwischen 1915 und 1923/24 ihren Höhepunkt mit bis zu 39.000 Mitgliedern in Deutschland). Die soziologische Analyse zeigt vielmehr, dass gerade zwischen 1917 und 1923 die Mitgliedschaft des Verbands grundlegend erneuert wurde, einerseits zahlreiche Ortsgruppen durch den Krieg ohnehin ‚verfallen‘ waren, Neugründungen andererseits schnell hinzukamen und viele Mitglieder zunächst nur als ‚Karteileichen‘ beitraten, um darauf auszutreten oder zu anderen Organisationen weiterzugehen. Der Verband hatte kein stabiles Mitgliederumfeld, was für andere, vor allem preußisch-protestantische Vereine des nationalen Bildungsbürgertums nicht verwundert. Jackischs knapper Hinweis auf die vergleichsweise stabile Mitgliederentwicklung der Ortsgruppe Dresden, deren Ortsgruppenakten seit den 1990er Jahren leicht zugänglich sind, gibt die Situation des Verbands in den schwierigen agrarischen Regionen Preußens, Schleswig-Holsteins und Mecklenburgs oder gar in den ‚besetzten‘ Gebieten im Rheinland nicht wider.<sup>15</sup> Ein Blick auf die dramatische Mitgliederbewegung in Hamburg, wie ihn Hering ermöglicht hat, legt das Dilemma des Verbands deutlicher nahe, Mitglieder zu mobilisieren und zu halten.

Unter anderem aus diesem Grund war das Verhältnis zwischen Alldeutschen und Nationalsozialisten zumindest bis 1928/30 ein Konkurrenzverhältnis um Weltanschauung und Deutungsmacht innerhalb der Rechten, bevor beide Bewegungen auf ihre Weise zunehmend gegeneinander antraten. Jackisch betont, dass ab 1929 die Rechte tief zersplittert war. Allerdings erwies sich das Verhältnis zwischen Alldeutschem Verband und NSDAP nicht so „überraschend“ feindselig, wie Jackisch insistiert, auch wenn vor allem innerhalb der DDR-Historiografie dies behauptet wurde.<sup>16</sup> Es ging hier nicht nur um politischen Stil oder Mitgliederkonkurrenzen, das war Claß und Hitler seit ihrem ersten Treffen 1920 im Grunde klar. Hier ging man früh andere Wege – die einen als wilhelminische Honoratioren und die anderen als radikale Paramilitärs, die die sogenannten Massen ansprechen wollten. Jackisch trifft einen wesentlichen Punkt, der gerade im Zuge der Fischer-Kontroverse immer wieder eher angeführt als systematisch untersucht worden ist: das gespannte Verhältnis zwischen bildungsbürgerlichen und konservativen Radikalen, die Weimar durch autoritäre Diktaturregime ersetzt sehen wollten, jedoch mit der die ‚Massen‘ einbindenden Volksgemeinschaftsideologie nicht mitgehen wollten, die Straßengewalt nur bedingt favorisierten und schließlich den antibürgerlichen Effekt der NS-Propaganda schwer ertragen konnten.<sup>17</sup>

Jackisch geht jedoch im Grunde gar nicht auf die entsprechenden *master narratives* der letzten Jahrzehnte ein, um sich genauer innerhalb der Forschung zu positionieren. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Einschätzung der Sammlungsbewegung der Rechten unter Einschluss der NSDAP seit der Anti-Young-Plan-Kampagne, die Jackisch als einen äußerst uneinigen Versuch vor allem der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen beschreibt, die Führung innerhalb der Rechten zu übernehmen. Der dramatische Wahlerfolg der NSDAP seit den Reichstagswahlen im September 1930 und der weitere Wählerverlust der DNVP unter Hugenberg kippte die Machtansprüche und Machtmöglichkeiten der Deutschnationalen wie der Alldeutschen in ihr Gegenteil um. Die berühmteste Sammlungsbewegung in Bad Harzburg 1931 setzte daher auch unter den Zeitgenossen ein anderes Zeichen, als oftmals in der Forschung bis heute dargestellt. Die größte antirepublikanische Versammlung aus rechten Verbänden, DNVP und NSDAP war nicht nur ein „Scheitern“ (S. 172), wie Jackisch die Hoffnungen

---

<sup>15</sup> Vgl. vor allem *Kolditz*, Rolle und Wirksamkeit des Alldeutschen Verbandes in Dresden zwischen 1895 und 1918. Jackisch nennt nur die Diplomarbeit von *Gerald Kolditz*, Die Ortsgruppe Dresden des Alldeutschen Verbandes von ihrer Entstehung bis zum Verbandstag 1906, Berlin 1989.

<sup>16</sup> Vgl. *Joachim Petzold*, Claß und Hitler. Über die Förderung der frühen Nazibewegung durch den Alldeutschen Verband und dessen Einfluß auf die nazistische Ideologie, in: *Jahrbuch für Geschichte* 21, 1980, S. 247–288.

<sup>17</sup> Vgl. stellvertretend *Fritz Fischer*, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945, Düsseldorf 1987 (zuerst Düsseldorf 1979). Vgl. auch *Jeremy Noakes*, German Conservatives and the Third Reich. An Ambiguous Relationship, in: *Martin Blinkhorn* (Hrsg.), *Fascists and Conservatives. The Radical Right and the Establishment in Twentieth-Century Europe*, Boston 1990, S. 71–97.

von Claß und Hugenberg um eine Einbindung Hitlers in eine von Hugenberg angeführte Rechte bezeichnete, sondern es war ein klares Desaster, welches die Enttäuschungen von Claß und Hugenberg bereits lange vor 1933 ankündigte.

Spekulativ bleibt Jackisch, wenn er behauptet, die Radikalisierungstendenzen innerhalb der DNVP durch alldeutsche Parteimitglieder seien von Claß aktiv seit den frühen 1920er Jahren gefördert worden und stünden in logischer Kontinuität, die Weimarer Republik zu stürzen. Die Radikalisierung der Alldeutschen – wie auch anderer ‚alter‘ Honoratiorenverbände der bürgerlichen Rechte aus dem Kaiserreich – war jedoch nicht erst nach 1918 von Lernprozessen, politischen Möglichkeiten und Erwartungsenttäuschungen abhängig. Im Grunde verödete der Alldeutsche Verband seit der Zäsur um die deutschen Kriegsziele 1914 und der folgenden Isolation innerhalb des Machtkampfs der nationalistischen Rechten vor 1918 zum Museumsstück des organisierten radikalen Nationalismus.<sup>18</sup> Die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei im September 1917 verdeutlichte bereits die Außenseiterrolle der Alldeutschen in dem Bemühen, eine auf die ‚Massen‘ setzende Sammlungsbewegung zu organisieren.<sup>19</sup> Eine Geschichte des Alldeutschen Verbands, die den Weg durch die Weimarer Republik nachzeichnen möchte, sollte daher nicht erst im November 1918 einsetzen. Die erhoffte Einflussnahme über die DNVP Hugenbergs, die den Verband als Propagandagehilfe schließlich auch symbiotisch an das Schicksal der Deutschnationalen band, schien die letzte Hoffnung der Alldeutschen auf politischen Einfluss gewesen zu sein, der längst nicht mehr durch Claß gestaltet wurde. Jackisch erkennt das Problem in Claß' Persönlichkeit: Er wollte nicht auf der Bühne selber führen, sondern hinter den Kulissen agieren (S. 84). Der sich zusehends verschlechternde Gesundheits- und Nervenzustand von Claß Mitte der 1920er Jahre wird von Jackisch nur anekdotenhaft in die Erzählung eingestreut, aber nicht für die Machtstruktur des Verbands analysiert (Claß war zwischen 1926 und 1928 zuweilen bis zu vier Monaten auf Kur und aus dem politischen Geschäft weitgehend zurückgezogen). Es gäbe also mehr zu der Bedeutung und dem Bedeutungsverlust von Claß nach 1918 zu sagen, als darauf hinzuweisen: „there is little question that Claß played an important role in Hugenberg's ascent“ (S. 134).

Schwieriger ist zu beurteilen, dass Jackisch die Studien von Kruck, Krebs sowie von Hering nicht ernsthaft rezipiert hat. Diese Arbeiten werden zwar einleitend angeführt, aber nicht weiter in den Fußnoten zitiert, obwohl über weite Passagen bereits bekannte Abläufe dargestellt werden. Dass der Autor die wichtige Biografie zu Heinrich Claß von Johannes Leicht (erschieden im Januar 2012) nach Selbstauskunft nicht mehr hat einarbeiten können, ist bedauerlich (Jackischs Studie erschien im August 2012).<sup>20</sup> Zentrale Studien zum Alldeutschen Verband und zum radikalen Nationalismus in der Weimarer Republik sind nicht eingesehen worden. Dies betrifft zum Beispiel die Analyse von Boris Barth über die politische Propaganda zur Kriegsniederlage 1918, die anregenden Arbeiten des Soziologen Stefan Breuer zum Nationalismus, die Analysen zur Verschränkung von Milieu, lokaler Identität und Vereinsaktivität von Frank Bösch und Rudi Koschar, die Biografie zum ehemals alldeutschen Aktivist und frühen Nationalsozialisten Theodor Reismann-Grone von Stefan Frech, die Biografie von Maximilian Terhalle zum alldeutschen DNVP-Funktionär Otto Schmidt(-Hannover) und die neueste, hier ebenfalls besprochene Studie zur DNVP von Maik Ohnezeit.<sup>21</sup> Der enge Fokus auf die politischen Verhältnisse des Verbands vor allem zur DVFP, DNVP und NSDAP zwischen 1919 und 1928 hat den Preis, dass wichtige Studien zur Ausdifferenzierung der nationalistischen Verbandsstruktur bereits vor dem Ersten Weltkrieg wie von Axel Griesmer übersehen wurden; ebenso wie Anke Hoffstadts bedeutender Aufsatz zur Neube-

---

<sup>18</sup> Vgl. auch *Chickering*, *We Men Who Feel Most German*, S. 299–305.

<sup>19</sup> Vgl. *Heinz Hagenlücke*, *Deutsche Vaterlandspartei. Die Deutsche Rechte am Ende des Kaiserreichs*, Düsseldorf 1997.

<sup>20</sup> Vgl. *Leicht*, *Heinrich Claß. Die Jackisch bekannten Arbeiten des Rezensenten zur Strukturgeschichte des Alldeutschen Verbandes von 1914 bis 1939* blieben darüber hinaus unerwähnt: *Björn Hofmeister*, *Between Monarchy and Dictatorship*.

<sup>21</sup> *Boris Barth*, *Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933*, Düsseldorf 2003; *Stefan Breuer*, *Grundpositionen der deutschen Rechten 1871–1945*, Tübingen 1999; *ders.*, *Ordnungen der Ungleichheit. Die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871–1945*; *ders.*, *Die radikale Rechte in Deutschland 1871–1945*, Stuttgart 2010; *Frank Bösch*, *Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen 1900–1960*, Göttingen 2002; *Rudi Koschar*, *Social Life, Local Politics, and Nazism. Marburg 1880–1945*, Chapel Hill/London 1986; *Stefan Frech*, *Wegbereiter Hitlers? Theodor Reismann-Grone. Ein völkischer Nationalist 1863–1949*, Paderborn 2009; *Maximilian Terhalle*, *Deutschnational in Weimar. Die politische Biographie des Reichstagsabgeordneten Otto Schmidt(-Hannover) 1888–1971*, Köln/Weimar etc. 2009; *Ohnezeit*, *Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“*.

wertung des Stahlhelms, Werner Jochmanns Aufsatzsammlung zu Antisemitismus und Nationalismus und sogar Michel Korinmans französische Gesamtdarstellung zum Alldutschen Verband.<sup>22</sup> Angemerkt sei auch, dass im Register viele wichtige im Text erwähnte Personen vergessen wurden (zum Beispiel Alfred Roth, Konstantin von Gebtsattel, Theodor Fritsch, Adolf Bartels, Paul Langhans, Walther Graef oder Alfred Jacobsen).

Die Quellenbasis der Studie bleibt sehr übersichtlich. Zehn Archive sind konsultiert worden, wobei bei der Auswahl ein sichtlicher Schwerpunkt auf dem Verhältnis des Alldutschen Verbands zur DNVP gelegen hat. Bekannte Aktenbestände zum Verband vor allem im Bundesarchiv Berlin und Koblenz sind verarbeitet worden. Wichtige Bestände wie in Friedberg/Hessen, Hamburg oder auch im Institut für Zeitgeschichte in München blieben dagegen außen vor. Nachlässe im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg im Breisgau zum Zusammenhang von Diktaturplanungen und der Radikalisierung der DNVP (zum Beispiel Kurt von Schleicher, Erich Ludendorff, Wilhelm Groener, Hans von Seeckt, Wilhelm von Dommers und Paul von Hindenburg) sind nicht aufgeführt. Der im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München liegende Nachlass von Hans Hilpert, DNVP-Vorsitzender des Landesverbands Bayern, wurde nicht konsultiert, obwohl er Einblicke in die Kämpfe alld deutscher Hugenberg-Anhänger um die Vormacht der Radikalen in der Partei gibt. Der faszinierende Bestand zu den Gestapo-Überwachungen des Verbands, die im Zentralen Staatsarchiv in Moskau lagern und problemlos einzusehen sind, hat Jackisch nur in Kopie einer einzigen Akte in der Gedenkstätte des Deutschen Widerstandes in Berlin eingesehen. Eine Erzählung der Verbandsgeschichte von 1933 bis 1939 konnte daher mit fünf Seiten und dem Hinweis auf alld deutsche Kritik an Hitlers Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik nur sehr knapp ausfallen. Welche Rolle spezifische antibürgerliche Affekte der NS-Weltanschauung sowie Vorurteile gegenüber der elitären Organisation der bürgerlichen Vereinswelt wie auch alld deutscher ständestaatlicher Staatsauffassungen bei der schnell einsetzenden Gestapo-Überwachung des Verbands spielten, hätte dargestellt werden können.<sup>23</sup> Grund für eine solche überblickhafte Politikgeschichte des Verbands könnte die Quellengrundlage gewesen sein. Jackisch hat ausgiebig mit den Protokollen des Geschäftsführenden Ausschusses sowie über weite Strecken en détail mit den politischen Erinnerungen von Heinrich Claß von 1915 bis 1933 (beide Bestände im Bundesarchiv Berlin) gearbeitet. Ungenauigkeiten in den Erinnerungen von Claß werden von Jackisch überdeckt, so zum Beispiel wenn er unzweifelhaft von einem ersten Treffen Claß/Hitler im Januar 1920 ausgeht, ein erstes Treffen nach jetziger Quellenlage jedoch auch erst Februar/März oder im Spätsommer 1920 stattgefunden haben könnte.

Insgesamt hat Jackisch eine konzise Überblicksdarstellung zum Alldutschen Verband in der Weimarer Republik vorgelegt, die eher auf eine allgemeine Leserschaft zielt. Jackisch konzentriert sich weitestgehend auf das Verhältnis des Alldutschen Verbands zur DVFP, DNVP und Hitlers NSDAP zwischen 1920 und 1926/28, geht aber sonst über weite Strecken über den Kenntnisstand von Kruck, Krebs und Chamberlain nicht hinaus. Jackisch hält jedoch die wichtige Anregung bereit, dass die radikale Rechte Weimars nicht so geschlossen agierte, wie noch oft im Nachklang der Fischer-Kontroverse angenommen wird. Der Autor hätte aber strukturierter diese Zersplitterung der radikalen Rechten erzählen können, indem er zwischen ‚alten‘ und ‚neuen‘ Bewegungen unterschieden und den Alldutschen Verband mit allen Erwartungen und Enttäuschungen sowie Ansprüchen und Überforderungen nach 1918 entsprechend verortet hätte. Die fundamentalen Konflikte zwischen Alld deutschem Verband und gerade den Nationalsozialisten, aber auch dem Stahlhelm und der DNVP, werden bei Jackisch nur angedeutet, jedoch oft ohne die entsprechende Dramatik der Zeit erzählt, die wiederum die alld deutsche Erfahrung von Bedeutungsverlust widerspiegeln würde. Wichtige Faktoren wie unterschiedlicher politischer Stil, generationelle Prägungen, bildungsbürgerliche Milieufixierung des Verbands, weltanschauli-

---

<sup>22</sup> Griesmer, Massenverbände und Massenparteien; Anke Hoffstadt, Frontgemeinschaft? Der „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“ und der Nationalsozialismus, in: Gerd Krumeich (Hrsg.), Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg, Essen 2010, S. 191–206; Werner Jochmann, Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft 1871–1945, Hamburg 1988; Michel Korinman, Deutschland über alles. Le Pangermanisme 1890–1945, Paris 1999. Vgl. zum Stahlhelm auch Alois Klotzbücher, Der politische Weg des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der „nationalen Opposition“, Dissertation, Erlangen-Nürnberg 1964; Volker Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1919–1935, Düsseldorf 1966.

<sup>23</sup> Vgl. Hofmeister, Between Monarchy and Dictatorship, S. 412–467; Leicht, Heinrich Claß, S. 389–410.

che Begrenzungen des radikalen alldeutschen Programms im Vergleich zur NSDAP sowie Überalterung und Nachwuchssorgen sind kaum thematisiert worden.

Darüber hinaus ist Jackischs These weiterhin näher zu prüfen, ob eine einheitliche Rechte bis 1933 durch eine funktionsfähige DNVP ohne Abspaltung der Völkischen 1922 und schließlich später der agrarischen und christlich-sozialen Mitglieder hätte existieren können und somit eine DNVP ohne die Radikalisierung unter Hugenberg den Aufstieg der NSDAP hätte wesentlich verhindern helfen können (auch wenn unter Westarp eine Allianz mit Hitler natürlich unvorstellbar gewesen wäre). Der Begriff „non-Nazi Right“ (S. 159–184) bleibt für die Zeit von 1929 bis 1939, wie Jackisch ihn für sein letztes Kapitel verwendet, analytisch ungenau und übergeht die Spannungsverhältnisse auch innerhalb der konservativen und radikalen Parteien und Verbände, die jenseits der NSDAP eigene Anhängerschaften mobilisieren wollten. Das zuweilen schwierige Verhältnis zwischen DNVP und Stahlhelm bei der Aufstellung von gemeinsamen Kandidaten für die Reichstagswahlen beispielsweise zeigte spätestens ab 1930, dass auch hier zunehmend um eigenen Einfluss gekämpft wurde. Jackisch hätte im Hinblick auf seine These einer möglichen einheitlichen „non-Nazi Right“ vor allem das Scheitern einer konservativen vernunftrepublikanischen Sammlungsbewegung aus den Abspaltungen der DNVP spätestens mit den Reichstagswahlen ab September 1930 ebenso ansprechen müssen wie die Radikalisierung der Rest-DNVP unter Hugenberg. Der enge Fokus der Arbeit auf die Jahre vor 1928/30 ließ eine solche Analyse nicht zu, obwohl der Titel des Buchs mehr verspricht.

Jackisch spart auch ein wichtiges Moment in der Politik des Alldeutschen Verbands aus – die Gründung des Verbands in Österreich (1919–1935).<sup>24</sup> Der Verband hatte im Vergleich zu Deutschland und gemessen an seiner Einwohnerzahl zuweilen bei Weitem mehr Mitglieder und spielte eine gewichtige Rolle im sich neu formierenden Milieu der politischen Rechte „Deutsch-Österreichs“ und bei den Anschlusshoffnungen nahezu aller politischer Lager vor allem bis 1923/24. Der Verband zählte 1922 39.000 Mitglieder in Deutschland und 13.000 Mitglieder in Österreich – ein Jahr später waren es bereits 20.000 Mitglieder, die in der Hauptgeschäftsstelle in Graz registriert waren, bevor die Zahlen in Deutschland nach Hitler-Putsch, Ruhrkrise und einem sich verfestigenden Anschlussverbot durch die Alliierten auffälliger als in Österreich zurückgingen. Ein Verband, der 1939 von Reinhard Heydrich auch mit dem Hinweis zwangsweise aufgelöst wurde, dass mit dem ‚Anschluss‘ Österreichs 1938 wesentliche Ziele der Alldeutschen nun im Grunde erfüllt seien, sollte in einem solchen Buch nicht durchgängig von Berlin aus gesehen werden. Schließlich gründete sich der Alldeutsche Verband aus der Kolonialbewegung der 1880er Jahre und forderte die ethnisch-kulturelle Zusammenfassung aller „Deutschen“ in einem Deutschen Reich – eines der beständigsten Ziele des Verbands, das auch auf Österreich erweitert wurde, nachdem 1918 das multiethnische Reich der Habsburger zusammenbrach und Claß nun über die katholische Prägung der „Deutsch-Österreicher“ zunehmend hinweg sah und für ein protestantisch-preußisch geführtes Deutschland nach 1918 vor allem mit Österreich eine Zukunft sah. Es war schließlich auch der ‚Anschluss‘ von 1938, der führende Verbandsakteure mit dem ‚Dritten Reich‘ versöhnlich stimmte, obwohl Unterschiede in der Volksgemeinschaftskonzeption, insbesondere hinsichtlich des Verlangens der sogenannten Massen nach charismatischer Führerschaft und politischer Teilhabe, den Verband immer wieder vom Hitler-Regime entfremdeten.

Ohnezeit, Pomp und Jackisch haben für die DNVP, dem Brandenburgischen Landbund und den Alldeutschen Verband weitere Studien vorgelegt, die vor allem für die Jahre bis 1928 Wege zur „Radikalisierung“ der konservativen und radikalen Rechte nachzeichneten. Alle drei Publikationen betonen, wie sehr deutschnationale Partei- und konservative Agrarreligions sowie ‚alte‘ Honoratioren der radikalen Rechte nach 1918 am Dilemma einer Fundamentalpolitisierung der ‚Massen‘ unter den Bedingungen

---

<sup>24</sup> Vgl. *Günter Schödl*, *Alldeutscher Verband und Minderheitenpolitik in Ungarn. Zur Geschichte des deutschen „extremen Nationalismus“ 1890–1914*, Frankfurt am Main 1978; *ders.*, *Formen und Grenzen des Nationalen. Beiträge zu nationaler Integration und Nationalismus im östlichen Europa*, Erlangen 1990; *Brewster S. Chamberlain*, *The Pan-German League in Austria*, in: *Studies in Modern European History and Culture* 1977, S. 37–74; *Hofmeister*, *Between Monarchy and Dictatorship*. Vgl. auch *Bruce F. Pauly*, *Hitler and the Forgotten Nazis. A History of Austrian National Socialism*, Chapel Hill 1981; *ders.*, *From Prejudice to Persecution. A History of Austrian Antisemitism*, Chapel Hill/London 1992; *Jill Lewis*, *Conservatives and Fascists in Austria 1918–34*, in: *Martin Blinkhorn* (Hrsg.), *Fascists and Conservatives. The Radical Right and the Establishment in Twentieth-Century Europe*, Boston 1990, S. 98–117; *Michael Wladika*, *Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k.u.k. Monarchie*, Köln/Weimar etc. 2005.

des allgemeinen gleichen Wahlrechts der Weimarer Republik und den Erwartungen einer elitären Stände- und Klientelpolitik scheiterten. Die drei vorgestellten Studien legen jedoch aus unterschiedlicher Perspektive dar, dass es noch Bedarf an Analysen zur politischen Rechten der Weimarer Republik gerade für die Phase 1928 bis 1933 gibt, obgleich Quellenprobleme und große Zersplitterungen innerhalb des national-konservativen Lagers die historische Analyse auch weiterhin herausfordern. Mit Ohnezeits wichtiger Studie zur DNVP ist ein großer Schritt zur Gesamtdarstellung der wichtigsten national-konservativen Partei der Weimarer Republik gemacht. Regionale Studien zu den Landbünden werden auch in Zukunft noch willkommen sein, während eine sozial-, kultur- und politikgeschichtliche Gesamtdarstellung zum Alldeutschen Verband in der Zwischenkriegszeit weiterhin aussteht.

*Björn Hofmeister, Berlin*

#### **Zitierempfehlung:**

Björn Hofmeister: Rezension von: Maik Ohnezeit, Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918–1928 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 158), Droste Verlag, Düsseldorf 2011; Rainer Pomp, Bauern und Großgrundbesitzer auf ihrem Weg ins Dritte Reich. Der Brandenburgische Landbund 1919–1933 (Elitenwandel in der Moderne, Bd. 8), Akademie Verlag, Berlin 2011; Barry Jackisch, The Pan-German League and Radical Nationalist Politics in Interwar Germany, 1918–1939, Ashgate Verlag, Farnham/Surrey 2012, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 54, 2014, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81518>> [17.12.2013].